Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/7767

31. 08. 90

Antrag

der Abgeordneten Frau Vennegerts, Stratmann-Mertens und der Fraktion DIE GRÜNEN

Sozialer und ökologischer Umbau zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in der DDR (Sofortprogramm)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Alle Aussagen der Bundesregierung, nach der Währungsunion werde es keinem in der DDR schlechter gehen als zuvor, erweisen sich als falsch. Das von der Bundesregierung versprochene Wirtschaftswunder in der DDR entpuppt sich als ökonomisches und soziales Desaster. Die Verantwortung dafür liegt (nicht nur) bei der Bundesregierung. Möglich wurde die zu schnelle Währungsunion – nach Einschätzung des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine ein „katastrophaler Fehler" – nur durch die Zustimmung der Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag und Bundesrat.

2. Die von der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Vertrag über die Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vorgesehenen Finanzierungskonzepte und Stützungsmaßnahmen waren bereits bei ihrer Verabschiedung in jeder Hinsicht ungenügend. Inzwischen ist die Bundesregierung gezwungen, dies selbst zuzugeben.

   Der Ministerpräsident von Bayern hat jüngst gefordert: „Bis der Beitritt endlich wirksam wird und die Hobbyminister drüben wieder ihren erlernten Berufen nachgehen, darf Ost-Berlin keine müde Mark mehr aus dem Bonner Steuersäckel bekommen." Wer schützt die Bürger und Bürgerinnen der Bundesrepublik Deutschland vor bundesdeutschen Hobbyministern?

3. Die Bundesregierung plant zur weiteren Finanzierung der Aufgaben in der DDR den Aufbau eines gigantischen Schuldenberges. Sie versucht damit die Unhaltbarkeit ihrer gesamten wirtschafts- und finanzpolitischen Versprechungen zu kaschieren. Verschuldung kann nur in Betracht kommen, wenn alle anderen Finanzierungsinstrumente (Einsparungen, Umschich-

tungen, Verbesserung der Einnahmenseite) ausgeschöpft sind. Da dies bis zum heutigen Tag nicht geschehen ist, kommt eine weitere Zunahme der Verschuldung nicht in Betracht.

Bei den derzeitigen hohen Zinsen, dem angespannten Kapitalmarkt und der großen Wohnungsnot ist es unverantwortlich, mit höheren Staatsschulden den Kapitalmarkt noch mehr zu belasten. Für eine Belebung des Wohnungsbaus ist im Gegenteil eine Zinssenkung dringend erforderlich.

II. Die Bundesregierung wird aufgefordert,

folgende Maßnahmen sind vorrangig in Angriff zu nehmen:

1. Es müssen – insbesondere im Umweltbereich – mehr Aufgaben als von der Bundesregierung vorgesehen finanziert werden. Für folgende Aufgaben sind 30 Mrd. DM für das Jahr 1990 bereitzustellen:

   a) 10 Mrd. DM für ökologische Sofortmaßnahmen

      Die 10 Mrd. DM für ökologische Sofortmaßnahmen sind für folgende Zwecke zu verwenden:

      — Das Abschalten der Atomkraftwerke in der DDR und die drastische Reduktion der Braunkohleförderung und -verbrennung erfordern den Aufbau einer dezentralen Energieversorgung in der DDR, insbesondere der Neubau effizienter Heizkraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung ist vordringlich und soll finanziell unterstützt werden. Des weiteren ist der Einbau von wärmedämmenden Materialien, Heizungsthermostaten und Energiesparlampen zu fördern. Für diese Aufgaben sollen 2 Mrd. DM bereitgestellt werden.

      — Für den Bau von Kläranlagen, die Absicherung der Deponien und die Sanierung der Flüsse und Gewässer in der DDR sind ebenfalls 2 Mrd. DM vorzusehen.

      — Für den vorrangigen Ausbau des Schienennetzes: 2 Mrd. DM.

      — Für eine ökologisch verträgliche Stadterneuerung und Wohnungsmodernisierung: 4 Mrd. DM.

   b) 5 Mrd. DM als Starthilfe für Klein- und Mittelbetriebe und zur Stützung von Belegschaftsübernahmen

      Die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben in der DDR muß aus einer Kombination von Zuschüssen, Krediten und wirkungsvoller Beratung bestehen. Dafür sollen 3 Mrd. DM bereitgestellt werden. Weitere 2 Mrd. DM sollen auf gleiche Weise für die Unterstützung der Übernahme von Betrieben in Belegschaftshand zur Verfügung gestellt werden.

   c) 10 Mrd. DM zur Finanzierung sozialer Aufgaben

Nach Artikel 10 VI und Artikel 26 IV des Staatsvertrages soll das volkseigene Vermögen der DDR vorrangig für die Sanierung des Staatshaushalts verwendet werden. Das bedeutet, Grund-, Boden- und Wohneigentum werden verkauft, insbesondere um Arbeitslosenunterstützung zahlen zu können (d. h. für den Kauf von Konsumgütern). Um diese Enteignung der DDR-Bürger/innen zu verhindern, muß sichergestellt werden, daß die laufenden Sozialausgaben, die durch die schnelle Währungsunion bedingt sind, aus dem Haushalt finanziert werden können, ohne daß dafür Volkseigentum verkauft werden muß. 15 Mrd. DM sollen bereitgestellt werden, um die notwendigen Sozialtransfers zu finanzieren, einschließlich wirkungsvoller Maßnahmen zur Ausbildung und Umschulung der Arbeitnehmer/innen und einschließlich einer Übernahme der Kinderbetreuungseinrichtungen in kommunale Trägerschaft.

d) 0,5 Mrd. DM zum Aufbau der Arbeitsverwaltung (LAA)

Der Aufbau der Arbeitsverwaltung, die mit dem „Beitritt" der DDR keineswegs abgeschlossen ist, und die dadurch verursachten Mehrkosten können, angesichts der ohnehin defizitären Haushaltslage der Bundesanstalt für Arbeit, nicht aus dem Beitragsaufkommen der Arbeitslosenversicherung geleistet werden.

Der Aufbau der Arbeitsverwaltung ist eine notwendige Anpassungsleistung im Rahmen der administrativen Integration im Verzuge der Vereinigung beider Deutscher Staaten. Hierbei handelt es sich um eine typische Gemeinschaftsaufgabe, die aus Bundesmitteln zu finanzieren ist.

Die separate Finanzierung erscheint notwendig, um eine kontraproduktive Konkurrenz der verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Aufgabenfelder zu vermeiden.

e) 4,5 Mrd. DM für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik

Die arbeitsmarktpolitischen Verwerfungen im Gebiet der DDR sind in erster Linie durch die besondere politische Form des Vereinigungsprozesses beider Deutscher Staaten initiiert. Insofern sind auch die bei der Bewältigung des Anpassungsprozesses entstehenden arbeitsmarktpolitischen Kosten als Gemeinschaftsaufgabe zu veranschlagen.

2. Der notwendige Haushaltsbetrag von 30 Mrd. DM wird nicht durch Kreditaufnahme, sondern durch Haushaltsumschichtungen und einen Solidarbeitrag für Besserverdienende auf folgende Weise aufgebracht:

a) 10 Mrd. DM durch Kürzungen im Verteidigungshaushalt,

b) 4 Mrd. DM aus dem Bundesbankgewinn,

c) 7 Mrd. DM durch volle Besteuerung der Zinseinkünfte mittels Kontrollmitteilungen,

d) 9 Mrd. DM durch Erheben einer Ergänzungsabgabe für Bezieher höherer Einkommen („DDR-Solidarabgabe").

Bonn, den 31. August 1990

Frau Vennegerts
Stratmann-Mertens
Hoss, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333